

## Leitlinien für die Wiener Wirtschaftspolitik

Im November 1970 wurden vom Magistrat der Stadt Wien Leitlinien für die Wiener Wirtschaftspolitik veröffentlicht. Diese Leitlinien sind das Ergebnis eines mehrjährigen Untersuchungsprogramms und stellen die wirtschaftliche Basis des noch auszuarbeitenden Stadtentwicklungsprogramms dar. Sie enthalten neben Vorschlägen für wirtschaftspolitische Maßnahmen eine Darstellung und Analyse der Wiener Wirtschaft sowie des Wiener Arbeitsmarktes. Sie verfolgen damit einen doppelten Zweck. Einerseits sollen sie die Struktur, die Entwicklungstendenzen, Probleme und Engpässe aufzeigen und so eine Orientierungshilfe für die Verwaltung und für die Wirtschaft bilden. Andererseits sollen sie den von der Stadtverwaltung einzuschlagenden Weg zur Lösung der Probleme und zur Überwindung der Engpässe der Wiener Wirtschaft angeben. Hauptanliegen der Leitlinien ist es, die Lebensbedingungen der Wiener Bevölkerung mit Hilfe einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik stetig zu verbessern.

Die Leitlinien gliedern sich in einen Text- und in einen umfangreichen Datenteil. Im Textteil wird nach einer allgemeinen Einleitung über den Sinn und Zweck der Leitlinien vorerst ein Bild über den derzeitigen Stand der Wiener Wirtschaft gleichsam in der Form einer Momentaufnahme gegeben. Anschließend daran werden in einem zeitlichen und räumlichen Vergleich die Entwicklungstendenzen der Wiener Wirtschaft beschrieben. Nach einer gründlichen Analyse der Wiener Wirtschaft, ihrer Probleme und Entwicklungstendenzen werden Grundsätze und Ziele der Wiener Wirtschaftspolitik entwickelt.

Die Strukturdaten der Wiener Wirtschaft und des Wiener Arbeitsmarktes zeigen das Bild einer bedeutenden Wirtschaftsagglomeration mit einem hohen Entwicklungsstand. In Wien sind bei einem Bevölkerungsanteil von rund 22 Prozent der österreichischen Bevölkerung 26 Prozent der Beschäftigten Österreichs tätig, von denen rund 30 Prozent des österreichischen Bruttonationalprodukts erarbeitet werden. Von den rund 830.000 in Wien beschäftigten Personen sind etwa 100.000 Einpendler und ca. 40.000 Ausländer. Rund 738.000 der Beschäftigten oder 88 Prozent sind unselbständig Beschäftigte, von diesen wiederum sind 43 Prozent Frauen. Wien weist mit 43,4 Prozent, verglichen mit dem österreichischen Durchschnitt wie auch gemessen an internationalen Maßstäben, eine sehr hohe Erwerbsquote auf.

Auf dem Wiener Arbeitsmarkt herrscht Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenrate liegt ständig unter 2 Prozent. Die Zahl der offenen Stellen übersteigt regelmäßig die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen. Die Wiener Wirtschaft verfügt über eine günstige Wirtschafts- und Branchenstruktur. Einem relativ unbedeutenden primären Sektor, dessen Anteil am Wiener Regionalprodukt nur 2,7 Prozent beträgt, steht ein branchenmäßig gut besetzter sekundärer Sektor — Anteil am Wiener Bruttoregionalprodukt 44,7 Prozent — sowie ein bedeutender tertiärer Sektor mit einem Anteil am Wiener Bruttoregionalprodukt von 52,6 Prozent gegenüber.

Das auf Grund der Strukturdaten vermittelte Bild der Wiener Wirtschaft erscheint jedoch in einem anderen Licht, betrachtet man die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren. Seit 1962 nimmt die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Wien ständig ab, und zwar sank sie von 774.000 im Jahre 1962 auf 738.000 im Jahre 1969, also um 36.000 Arbeitskräfte. Dabei betrug die Zahl der in Wien registrierten ausländischen Arbeitskräfte, die im Jahre 1962 noch relativ gering war, 1969 im Durchschnitt rund 30.000 Personen, und auch der Pendler-saldo hat sich seit 1962 um 15.000 Personen erhöht. Im Gegensatz dazu blieb im österreichischen Durchschnitt die Zahl der unselbständig Beschäftigten im wesentlichen konstant. Prognosen über den Wiener Arbeitsmarkt lassen erkennen, daß mit einer Besserung erst Ende der siebziger Jahre gerechnet werden kann. Diese ungünstige Beschäftigtenentwicklung wirkt sich vor allem auf dem Produktionssektor spürbar aus.

Das reale Wachstum der Wiener Wirtschaft zeigt im Vergleich zum gesamtösterreichischen eine Verlangsamung. Während das Wachstum der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1956 bis 1965 jährlich im Durchschnitt real um 4,6 Prozent gestiegen ist, betrug das Wachstum der Wiener Wirtschaft in diesem Zeitraum real nur 4,1 Prozent. Besonders merkbar war die Wachstumsdifferenz in der Industrie und im warenproduzierenden Gewerbe. Im Vergleich zu anderen europäischen Großstädten weist jedoch Wien ein durchschnittliches Wachstum auf.

Die in den Leitlinien vorgenommene Analyse der Wiener Wirtschaft, ihrer Probleme, Engpässe und Tendenzen zeigt, daß Wien nach wie vor innerhalb der österreichischen Wirtschaft eine dominierende Stellung einnimmt, was besonders in der durchschnittlich um 20 Prozent höheren Pro-Kopf-Produktion zum Ausdruck kommt.

Wien weist ein weitgestreutes attraktives Arbeitsplatzangebot auf. Die Einkommens- und Aufstiegschancen für Arbeitnehmer sind hier im Durchschnitt besser als im übrigen Österreich.

Allerdings hemmt die räumliche Beengtheit und die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt die Wirtschaftsentwicklung. Die räumliche Beengtheit, der deswegen besondere Bedeutung zukommt, weil der überwiegende Teil der Betriebe im dichtverbauten Gebiet liegt und dort keine ausreichenden Entwicklungsmöglichkeiten vorfindet, führte in der Vergangenheit zu einem merklichen Zurückbleiben der Investitionstätigkeit.

Von entscheidendem Einfluß auf die Verlangsamung des Wachstums der Wiener Wirtschaft war aber die ungünstige Beschäftigtenentwicklung. Die rückläufige Tendenz bei den Beschäftigten ist vor allem auf die ungünstige Bevölkerungsstruktur Wiens zurückzuführen. In den letzten Jahren traten geburten schwache Jahrgänge in den Arbeitsprozeß ein, während gleichzeitig geburtenstarke Jahrgänge aus dem Arbeitsprozeß ausschieden. Das neunte Schuljahr und die Einführung der Frühpension haben ebenfalls diese Entwicklung ungünstig beeinflusst.

Die Analyse ergab insgesamt, daß sich die Wiener Wirtschaft in einer relativ günstigen Lage befindet, die auch für die Zukunft eine günstige Entwicklung erwarten läßt. Trotzdem bedarf es gezielter wirtschaftspolitischer Maßnahmen, um die Position der Wiener Wirtschaft weiterhin zu festigen sowie ihre Aufwärtsentwicklung sicherzustellen und zu beschleunigen.

Die Grundsätze und Ziele der Wiener Wirtschaftspolitik sollen den Weg aufzeigen, durch planvollen Einsatz des wirtschaftspolitischen Instrumentariums die positiven Kräfte der Stadt bestmöglich zu entfalten, der Wiener Wirtschaft günstige Entwicklungsmöglichkeiten und Anreize zu erhöhtem Wachstum und zu Produktivitätssteigerungen zu bieten. Auf diese Weise soll das Niveau der Wiener Wirtschaft weiter verbessert, die Vollbeschäftigung gesichert und den arbeitenden Menschen ein ständig steigendes Einkommen ermöglicht werden. Es sollen also mit Hilfe einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik die Lebensbedingungen der Wiener Bevölkerung laufend erhöht werden. Um dies zu erreichen, sollen grundsätzlich wettbewerbsgerechte Verhältnisse geschaffen sowie Branchen, Betriebe und Produktionsprogramme mit Zukunftsaussichten auf dem nationalen und internationalen Markt gefördert werden. Subventionen einzelner Wirtschaftsbereiche, um nicht mehr zeitgemäße Strukturen zu erhalten, wird ebenso als ungerechtfertigt abgelehnt wie ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum auf Kosten des Menschen und seiner Lebensbedingungen zu erreichen. Das angestrebte Wirtschaftswachstum soll vor allem durch die Beseitigung der räumlichen Beengtheit der Wiener Wirtschaft und durch eine qualitative sowie quantitative Verbesserung des Wiener Arbeitskräftepotentials erreicht werden.

Durch ein Betriebsflächenerschließungskonzept sollen für entwicklungsfähige Betriebe innerhalb der Stadt Expansionsmöglichkeiten geschaffen werden. Weiters soll die Ansiedlung und Expansion vor allem von kapitalintensiven Betrieben gefördert werden, wobei besonders der Entwicklung auf dem Produktionssektor Priorität zukommt. Dem Produktionssektor gleichgesetzt werden sollen aber auch fernbedarfstätige Betriebe des tertiären Bereichs. Wegen des in Wien vorhandenen hochqualifizierten Arbeitskräftepotentials soll getrachtet werden, Forschungseinrichtungen anzusiedeln. Weiters sollen, um die im dichtbebauten Gebiet bestehende wirtschaftliche Substanz zu erhalten, dort befindliche Betriebe, soweit sie nicht stören, in ihren Modernisierungsbestrebungen unterstützt werden. Müssen Betriebe aber verlagert werden, sollen sie entsprechend betreut werden. Überhaupt sollen ganz allgemein durch Förderung der Investitionstätigkeit Anreize zu Kapitalausweitungen und Produktivitätssteigerungen geboten werden. Zu diesem Zweck sollen bereits vorhandene Einrichtungen, wie die Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft und die Kreditaktionen, fortgeführt und ausgebaut werden.

Das zweite Ziel, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, ist mit einer aktiven Bevölkerungspolitik auf das engste verbunden. Hier gilt es vor allem, das Arbeitskräftepotential in der Stadt langfristig auf einem möglichst hohen Stand zu halten, um ein günstiges Verhältnis der Anteile der arbeitenden und der bereits in den Ruhestand getretenen Bevölkerung zu sichern. Ein Mittel hiezu ist, die Geburtenentwicklung zu fördern. Da aber das optimale Ziel einer Regeneration der Wiener Bevölkerung aus der eigenen Substanz nach den derzeitigen Erkenntnissen über das generative Verhalten der Bevölkerung von Großstädten in naher Zukunft kaum wird erreicht werden können, soll die Zuwanderung gefördert werden. Zuwanderer befinden sich regelmäßig im erwerbsfähigen Alter. Daher ist die Förderung der Zuwanderung zugleich auch ein wirksames Instrument der kurzfristigen Arbeitsmarktpolitik. Wesentlich für diese Förderung ist einerseits, die Wiener Bevölkerung über die Wichtigkeit und Vorteile einer starken Zuwanderung für Wien zu informieren, und anderseits, der Bevölkerung von Gebieten, die infolge eines Umstrukturierungsprozesses in der Wirtschaft von Arbeitskräftefreisetzungen bedroht sind, Aufschluß über die Möglichkeiten zu geben, die Wien den Zuwanderern an Einkommens-, Berufs- und Aufstiegschancen bietet. Abgerundet können diese Maßnahmen werden durch die Errichtung einer von der Stadt Wien zu unterstützenden Beratungsstelle für Zuwanderer, die den Zuwanderern neben der Hilfe zum Auffinden geeigneter Arbeitsplätze und Wohnungsmöglichkeiten eine Rechts- und Berufsberatung bietet.

Ein weiteres Ziel der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist, das Einpendeln nach Wien zu fördern. Hiezu sollen die überregionalen Verkehrsverbindungen verbessert und ein Verkehrsverbund geschaffen werden. Die Auswahl und Anlage neuer Industriezonen, die günstig zu den Hauptverkehrswegen und zu den Entwicklungsachsen in der Region gelegen sind, würden dieses ebenfalls begünstigen.

Daneben soll aber auch versucht werden, die im Stadtgebiet noch vorhandenen Arbeitskräftereserven zu erschließen. Es handelt sich dabei um Frauen, die zum überwiegenden Teil in Neubaugebieten wohnen und meist aus Anlaß der Mutterschaft, aber auch wegen der großen Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind. Planvoll errichtete Kindertagesheime, bessere Verkehrsbedingungen sowie die Ansiedlung geeigneter Betriebe könnten es ermöglichen, diese Arbeitskräfte wieder in den Arbeitsprozeß

einzugliedern. Um aber die Qualität des Arbeitskräftepotentials zu heben und den Frauen die Wiederaufnahme einer Beschäftigung zu erleichtern, sollen Einrichtungen zur Umschulung, Fortbildung und Auffrischung bereits erworbener Kenntnisse gefördert werden.

Wichtig erscheint ferner, die Nahversorgung der Bevölkerung in Neubaugebieten wie in dünn besiedelten Gebieten am Stadtrand mit Gütern des täglichen Bedarfs und mit Dienstleistungen sicherzustellen, desgleichen die Funktionsfähigkeit der City und der Hauptgeschäftsstraßen zu erhalten. Den öffentlichen Verkehr betreffende Maßnahmen, Fußgeherzonen und Parkgaragen könnten hier die derzeitige Situation verbessern.

Die Maßnahmen zur Förderung der Wiener Wirtschaft und des Wiener Arbeitsmarktes sollen durch eine konjunkturgerechte Budget- und Investitionspolitik abgerundet werden, um so eingetretenen Veränderungen oder Konjunkturabschwächungen wirkungsvoll begegnen zu können.